

9. Interpellation von Corinna Pasche, Didi Feuerle, Bruno Lüscher, Jürg Marolf, Elina Müller, Judith Ricklin, Jorim Schäfer, Käthi Zürcher vom 15. Juni 2022 "Lehrermangel! Was tun wir dagegen?" (20/IN 29/337)

Beantwortung

Vizepräsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantinnen und die Interpellanten haben das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Pasche, Die Mitte/EVP: Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen und die intensive Auseinandersetzung. Ich anerkenne, dass der Kanton Thurgau zu dieser Thematik bereits viel unternommen hat. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dies ausreicht. Ich frage mich, ob es ratsam wäre, nicht noch mehr vom Gleichen anzubieten, sondern nach neuen Wegen zu suchen und sich unangenehmen Fragen bezüglich der Rahmenbedingungen zu stellen. Selbst dann, wenn der Kanton das Problem anerkannt hat, braucht es eine Diskussion darüber. Unser einzigartig exzellentes Bildungssystem hat der Schweiz zu viel Wohlstand verholfen. Wir sollten ihm Sorge tragen. Ich **beantrage** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit 94:4 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen.

Pasche, Die Mitte/EVP: Wir danken dem Regierungsrat für die im Grundsatz zufriedenstellende Beantwortung. Wir begrüssen es sehr, dass der Regierungsrat dem Thema grosse Bedeutung zumisst und hierfür eine ständige Arbeitsgruppe "Personalentwicklung" einberufen hat, in der alle Führungsgremien der Bildungsverbände, des Kantons sowie die Pädagogische Hochschule Thurgau (PHTG) vertreten sind. Es stellt sich jedoch die Frage, was die konkreten Aufgaben dieser Gruppe sind und wie regelmässig sie tagt. Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger anzuschreiben und ihnen attraktive Angebote zur Unterstützung ihres Wiedereinstiegs anzubieten, ist ebenfalls zu begrüssen. Gleichzeitig sollte aber der Frage nachgegangen werden, weshalb sie sich von ihrem Beruf verabschiedet haben und unter welchen Umständen sie ihn nicht aufgegeben hätten. Das Überbrücken von Kapazitätsengpässen mit pensioniertem Personal ist eine Option, auf die zurückzugreifen ist. Sie trägt kurzfristig zur Beruhigung der Situation bei, löst das Problem allerdings nicht, sondern schiebt es lediglich auf. Auch der Vorschlag des Regierungsrates zur Aufstockung der Pensen von Lehrpersonen mit Altersentlastung ist eine Möglichkeit, die umgesetzt werden sollte. Die Wirkung ist aber nicht sehr gross, da es sich nur um einen kleinen Teil der Lehrpersonen handelt, die davon betroffen sind. Die Pädagogische Hochschule Thurgau stellt Lösungsansätze vor, die durchaus längerfristig eine Wirkung erzielen könnten. Die Lockerungen der Absenzenregelung für Studentinnen und Studenten der PHTG ermöglicht es diesen, bereits während des

Studiums ein Kleinstpensum zu übernehmen. Als Schulpräsidentin bin ich über die Nachricht erfreut, dass die PHTG Fixstundenpläne eingeführt hat, die es den Studentinnen und Studenten erlauben, einzelne fixe Lektionen an einer Schule zu unterrichten. Meines Wissens konnten die Studentinnen und Studenten den Schulgemeinden diesbezüglich bis anhin keine verbindlichen Zusagen machen. Da die Stundenpläne in der Volksschule im ersten und zweiten Semester nicht gravierend voneinander abweichen, wäre es sinnvoll, wenn dies auch bei den Stundenplänen der PHTG mitberücksichtigt würde. Der neu lancierte berufsintegrierte Studiengang kommt den Schulgemeinden sicherlich zugute. Das ist eine sehr gute Idee und erkannte Chance. Es braucht allerdings eine achtsame Begleitung der Studentinnen und Studenten, damit sich diese nicht bereits überfordert fühlen, bevor sie richtig ins Berufsleben einsteigen. Das an der PHTG zu bewältigende Unterrichtspensum sollte so angepasst werden, dass genügend Zeit für den Praxisunterricht an einer Schule bleibt. Da es solche Studiengänge bereits an anderen Hochschulen in der Schweiz gibt, kann die PHTG sicherlich von deren Erfahrungen und Erkenntnissen profitieren. Der Ausstieg aus dem Beruf erfolgt häufig in den ersten Berufsjahren. Vielleicht gelingt es, dem mit der Einführung des Studienganges, und zwar durch die gezielte Begleitung der Studentinnen und Studenten über zwei Jahre, entgegenzuwirken. Einige Schulgemeinden, auch meine Schulgemeinde, konnten nicht darauf verzichten, Lehrpersonen ohne Anerkennung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) einzustellen. Dies führt nicht nur kurzfristig zu Herausforderungen. Vielmehr wird uns die Thematik auch mittel- und langfristig beschäftigen. Das macht es umso wichtiger, dass wir hier alle am gleichen Strick ziehen. Uns ist allen klar, dass es keine ideale Lösung ist. Es ist aber auch eine Tatsache, dass uns momentan keine anderen Optionen zur Verfügung stehen. Der Kanton und die PHTG haben die Schulgemeinden im Sommer sehr unterstützt, um Personal ohne EDK-Anerkennung anzustellen und diesen Personen ein Mentorat ermöglicht. Bei all den unkonventionellen Massnahmen, die nun Einzug in unsere Schulen genommen haben, bergen sich aber auch Gefahren. Das Einstellen von Studentinnen und Studenten sowie von nicht adäquat ausgebildeten Lehrpersonen führt an unseren Schulen zu einer Mehrbelastung des bestehenden Lehrpersonals. Wie uns allen bekannt ist, sind diese bereits sehr stark gefordert. Meldungen von Lehrpersonen, die an ihre Belastungsgrenzen stossen, häufen sich. Viele Lehrpersonen reduzieren ihr Pensum, damit sie die herausfordernde Arbeit des Unterrichtens einer heterogenen Klasse in guter Qualität leisten können. Wir sollten zu denen, die wir noch haben, Sorge tragen. Wir sollten darauf achten, dass wir unsere Schule weiterentwickeln können, sie nicht an Qualität verliert und unserer Bildung jene Bedeutung zugesprochen wird, die sie haben sollte. Das Unterrichten sollte nicht zur Nebensache werden, weil die Teams damit beschäftigt sind, Studentinnen und Studenten oder Quereinsteiger auszubilden. Das Monitoring zur Erhebung der Lehrpersonen mit anerkannter Ausbildung sollte weitergeführt werden. Es reicht nicht aus, einfach zu wissen, dass alle Stellen besetzt sind. Es muss evaluiert werden, wie die

Stellen besetzt wurden und welche Entwicklung sich abzeichnet. Ich stimme dem Regierungsrat zu, dass eine Verlagerung des Erziehungsauftrages an die Schule zu einer grösseren Belastung und zur Heterogenität in den Schulzimmern beiträgt. Die vielen unerlässlichen Angebote, die der Kanton zur Verfügung stellt, sind für die Lehrpersonen sicherlich hilfreich, sofern zeitnah gehandelt wird. Die von den Lehrpersonen dafür aufzuwendende zeitliche Ressource ist nicht zu unterschätzen. Der zusätzliche höhere Aufwand wird oft zur zusätzlichen Belastung, was nicht zur gewünschten Entlastung führt. Natürlich steht den Lehrpersonen Support vor Ort bereit. Aus Erfahrung weiss ich jedoch, dass das normale Angebot nicht ausreicht. Es gibt immer wieder Situationen, die eine Speziallösung erfordern. Diese sind meist kosten- und zeitintensiv und für die Lehrpersonen noch einmal eine zusätzliche Belastung. Ohne solche Speziallösungen ist der normale Unterricht aber nicht möglich. Es braucht Speziallösungen, und diese häufen sich. Die Arbeit im Bereich der Frühen Förderung kann vielversprechend und zielführend sein. Allerdings nur dann, wenn es möglich wird, bei den betroffenen Eltern Einfluss auf ihre Erziehungsarbeit zu nehmen. Es stellt sich die Frage, ob dies gesetzlich durchsetzbar sein wird. Der Kanton macht vieles, und vieles sehr gut. Ich frage mich jedoch, ob das genügt und ob es immer noch mehr von demselben braucht. Vielleicht wäre es an der Zeit, andere Herangehensweisen zu prüfen, um den Lehrberuf attraktiver zu machen. Gemäss einer Umfrage von Bildung Thurgau im Jahr 2021 geben 55 % der Klassenlehrpersonen im Zyklus 2, die an der Umfrage teilgenommen haben, an, hoch belastet zu sein. Weitere 11 % geben an, sogar zu hoch belastet zu sein. In Zyklus 3 sind es sogar 75 % Lehrpersonen, die sich hoch oder zu hoch belastet fühlen. Wollen wir in unseren Schulzimmern einen solchen Zustand haben? Es ist Zeit, den Forderungen der im Klassenzimmer stehenden Personen nachzugehen. Ein Vergleich der Jahreslektionen der 21 Deutschschweizerkantone zeigt Interessantes: Nur sieben Kantone haben im Kindergarten mehr Jahrespflichtlektionen als der Kanton Thurgau. In der Primarschule sind es sechs Kantone, die eine höhere Zahl an Jahreslektionen haben, und in der Sekundarschule sogar nur noch fünf Kantone. Auch die Klassengrössen regen immer wieder zu Diskussionen an. Es stellt sich natürlich die Frage, ob dem zurecht so ist. Unser Wunsch an den Regierungsrat, die Forderungen der direkt Betroffenen nach einer zweiten Klassenlehrerlektion und kleineren Klassen, ist ernsthaft zu prüfen. Unsere Gesellschaft verändert sich. Eventuell braucht es im Bereich der Bildung eine grössere Investition, damit diese nicht an Qualität verliert. Alle, die etwas finanzaffin sind, wissen, dass nicht die Höhe der Investition, sondern die Rendite, die erzielt wird, die Grösse sein sollte, an der man sich orientiert. Wir haben unseren Wohlstand unserer Bildung zu verdanken. Bis jetzt hat sich die Rendite meines Erachtens gelohnt.

Wirth, SVP: Die SVP-Fraktion nimmt den aktuellen Lehrpersonenmangel ernst, da die Bildung eines der wesentlichsten Güter eines Landes ist. Wir danken dem Regierungsrat daher, dass er in Zusammenarbeit mit den Schulgemeinden und den Ausbildungsstätten

wie der PHTG bereits verschiedene Massnahmen initiiert hat. Ein Mangel an Lehrerinnen und Lehrern kann kurzfristig nur mit gemeinsam getragenen und vernetzten Lösungsansätzen angegangen werden. Dazu sind nebst dem Kanton und den Schulgemeinden die Lehrpersonen selbst gefordert. Ihnen gilt an dieser Stelle ein Dank. Ich habe in meiner Funktion als Schulpräsident in den vergangenen Wochen und Monaten viele Lehrpersonen getroffen, die sich bereit erklärt haben, für fehlende Lehrpersonen einzuspringen, sei dies, indem sie zusätzliche Lektionen übernommen haben, indem sie als Pensionierte temporär wiedereingestiegen sind oder indem sie als junge Studenten während des Studiums bereits Lektionen in der Praxis übernommen haben. Für diese Unterstützung sind wir sehr dankbar. Heute Abend findet zudem eine Veranstaltung des Amtes für Volksschule statt, an der wir gemeinsam versuchen, ehemalige Lehrpersonen wieder für den Beruf zu begeistern. Dem Mangel können wir kurzfristig nur gemeinsam begegnen, und das tun wir zurzeit. Wie in anderen Branchen mit Fachkräftemangel wird auch der Mangel an Lehrpersonen mittelfristig nur zu beheben sein, wenn wir neue Personen finden, die den Beruf einer Lehrerin oder eines Lehrers ergreifen. Daher schätzen wir das Angebot der PHTG mit der Ausbildungspalette, die nun rasch und unkompliziert erweitert wird. Ein Beispiel ist die Ausbildung mit Tandems, die den jungen Studentinnen und Studenten die Möglichkeit gibt, bereits während der letzten beiden Studienjahre vertiefte Erfahrungen in der Praxis zu sammeln, um für ihr späteres Berufsleben darauf aufzubauen. Ebenso schätzen wir die Möglichkeit, dass interessierten Berufsfachleuten aus anderen Sparten der Weg in den Lehrberuf zukünftig auch ohne Matura, aber mit einer adäquaten Ausbildung, "sur dossier" möglich gemacht wird. Wesentlich ist, dass die angehenden Lehrpersonen so ausgebildet werden, dass sie den Anforderungen des Berufs gewachsen sind. Auf welchem Weg sie zu dieser Ausbildung gelangen, ob direkt nach der Schule oder über den Umweg eines anderen Berufs, darf und sollte dabei keine Rolle spielen. Wie bei den Schülerinnen und Schülern sollte es auch bei den Lehrpersonen verschiedene Wege geben, den Beruf ergreifen zu können. Dies ist nicht nur für das Team wertvoll, sondern auch für die Schülerinnen und Schüler. Der Ansatz des Regierungsrates, nebst zusätzlichen Unterstützungsmöglichkeiten auch die Erwartungen zu reduzieren, ist gut gemeint, funktioniert aber nur dann, wenn sich alle Beteiligten dazu durchringen können: sprich Behörden, Vorgesetzte, Eltern und letztendlich die Gesellschaft. Die bereits eingeleiteten und angedachten Massnahmen gehen in die richtige Richtung. Im Bewusstsein, dass für den kommenden Sommer abermals ein grosses Engagement betrieben werden muss, um die Stellen zu besetzen, bin ich überzeugt, dass die beschriebenen Massnahmen dienlich sein werden, um die Situation zu verbessern, vor allem dann, wenn sich wie erwähnt alle Beteiligten dafür engagieren.

Lüscher, FDP: Die aktuelle Diskussion wäre für jeden andern Beruf und jede andere Branche anwendbar. Heute diskutieren wir aber über einen Berufsstand, der immer wieder Anlass zu Diskussionen gab, so auch im März 2016 mit der Interpellation "Lehrerbe-

ruf zwischen Traumberuf und Pflichterfüllung". Diese wurde vor sechs Jahren durch zwei Äusserungen im "Thurgauer Schulblatt" ausgelöst. Zum einen handelte es sich um die Aussage: "Die Fremdbestimmung vieler Lehrpersonen hat weiter zugenommen" und zum anderen um die Aussage: "Ob bis ins Detail ausformulierte Berufsaufträge oder Lehrpläne die Schule so viel besser machen und Kinder und Jugendliche so viel mehr lernen als früher, bezweifle ich". Hintergrund waren nebst dem Vorwurf des zunehmenden Einflusses des Staates respektive der Bildungsbürokratie auf die Ausübung des Lehrberufs vor allem die Berufsausstiegsquote sowie die Verweiblichung des Berufsstandes und damit die Frage nach der Attraktivität des Lehrberufs. Der Regierungsrat sah es damals weniger problematisch als die Interpellanten. Er nehme nur so viel Einfluss wie nötig und wenn, dann werden die Normadressaten frühzeitig in die Prozesse eingebunden. Zudem würde die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Lehrpersonen und die wachsende Zahl der Einschreibungen an der PHTG belegen, dass der Lehrberuf nach wie vor ein attraktives Berufsziel darstelle. Soweit zu 2016. Vergleicht man die Situation von damals mit heute, sieht es heute doch problematischer aus. So schreibt der Regierungsrat in seiner Beantwortung, dass er dem Thema des Lehrpersonenmangels gemeinsam mit den primär zuständigen Schulgemeinden grosse Bedeutung beimesse. Mit einer ständigen Arbeitsgruppe "Personalentwicklung", in der die Führungsgremien der Bildungsverbände, der PHTG sowie des Amtes für Volksschule vertreten seien, erfolge die Koordination aller Massnahmen für diese Entwicklung. Im Namen der FDP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat für seine gute Darstellung der kreativen Massnahmen, wie in Zusammenarbeit mit der PH Thurgau und dem Amt für Volksschule der steigende Bedarf an geeigneten Lehrpersonen sichergestellt werden soll. Seine Beantwortung gibt vieles von dem wieder, was auch in den Medien bereits zu lesen war, beispielsweise hinsichtlich der Rahmenbedingungen für ein berufsintegriertes Studium oder die Lockerung der Absenzenregelung in Zusammenhang mit vermehrten Springereinsätzen. Bei aller Kreativität, die die FDP-Fraktion selbstverständlich unterstützt, fehlt aber ein konkreter Ansatz, wie die immer wieder bemängelte, zu hohe Zahl der Lektionen angegangen werden soll. Im Weiteren danken wir dem Regierungsrat für seine klare Beantwortung der Fragen 4 und 5. In dieser wird sehr gut dargelegt, welchen gesellschaftlichen Herausforderungen die Lehrpersonen ausgesetzt sind, einerseits durch die Erziehungsverantwortlichen oder auch Erziehungsverpflichteten und andererseits durch die zunehmende Heterogenität in den Klassenzimmern sowie infolge der Zuwanderung. Auch wenn in Zusammenhang mit den Elternrechten eine Gesetzesanpassung notwendig würde, fehlt mir eine verstärkte kritische Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Erziehungsverantwortlichen bezüglich deren Forderungen, Erwartungen und Einmischungen in den Schulalltag. Ein Vorwurf, den ich bereits vor sechs Jahren in der Diskussion zur erwähnten Interpellation vorgebracht habe. Ebenso fehlt mir eine Aussage zur feststellbaren Zunahme an renitenten Kindern bereits in der Unterstufe. Aussagen wie: "Du hast mir gar nichts vorzuschreiben, ich mache was ich will" oder: "Du kannst

froh sein, dass ich überhaupt hier sitze", machen mich sehr betroffen. Ich frage mich diesbezüglich, welchen Stellenwert diese Eltern der Schule und vor allem den Lehrpersonen zu Gunsten ihrer Sprösslinge beimessen. Mit den skizzierten kreativen Ideen für die Studenten, Einsteiger und Wiedereinsteigerinnen ist dem Mangel an Lehrpersonen alleine noch nicht zu begegnen. Vielmehr braucht es eine viel kritischere Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Herausforderungen und deren negativen Einfluss auf die Lehrpersonen. Nur wenn den Erziehungsverantwortlichen wieder einmal so richtig klargemacht wird, welche Verantwortung und welche Aufgaben sie selbst, und welche die Schule und insbesondere die Lehrpersonen haben, kann der Lehrberuf wieder zum schönsten und sinnhaftesten Beruf gemacht werden, den es gibt, wie er an der letzten Sitzung so schön bezeichnet wurde. Erst damit wird ein wichtiger Beitrag zu weniger Aussteigern und zu mehr Ein- und Wiedereinsteigern geleistet.

Schäfer, GLP: Die GLP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die grösstenteils befriedigende Beantwortung der Fragen. Wir sehen bei den Massnahmen gegen den Lehrermangel Luft nach oben. Ich möchte vor allem zwei Punkte erwähnen. Der erste Punkt betrifft die Attraktivität des Lehrerberufs und der zweite die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Der erste Punkt betrifft die Frage, weshalb wir einen Mangel an Lehrpersonen haben, wenn diese doch so viel Ferien und Lohn haben. Aus eigener Erfahrung als Volksschullehrer während 16 Jahren weiss ich, weshalb der Lehrberuf auf der Volksschulstufe heute weniger attraktiv ist als früher: Integration der Chancengleichheit um jeden Preis, Klassengrösse, relativ hohe Wochenlektionen, administrativer Aufwand, sehr viele Sitzungen, Reformen, schwierige Eltern, teilweise schleichende Verschiebung der Erziehung von zu Hause zur Schule. Das sind übrigens auch die Gründe, die dazu führten, dass ich von der Volks- an die Berufsschule gewechselt habe. Als Junglehrer wurde ich ins eiskalte Wasser geworfen. Ich musste mit einer sehr schwierigen Klasse beginnen und hätte mit dem Unterrichten ziemlich schnell wieder aufgehört, wenn ich keine solch unterstützende Schulleitung gehabt und vorher nicht als Assistent bei einem Hauptlehrer Erfahrung gesammelt hätte. Meines Erachtens ist dem Lehrberuf auf der Volksschulstufe das Kerngeschäft abhandengekommen, nämlich das freud- und lustvolle Unterrichten. Ich habe immer sehr gerne unterrichtet. Das ganze Drumherum löschte mir jedoch ab. Mit Freude stelle ich aber fest, dass unsere Kinder in Bischofszell grosses Glück mit ihrer Schule und ihren Lehrpersonen haben. Das hängt sicherlich mit der Schulpräsidentin zusammen. Beide Buben gehen nämlich sehr gerne in die Schule und ich finde, dass beide sehr kompetente und motivierte Lehrpersonen haben. Gleichzeitig weiss ich aus eigener Erfahrung, was alles dahintersteckt respektive wie viel Aufwand nebst dem Unterricht geleistet werden muss. Deshalb muss der Lehrberuf unbedingt wieder attraktiver werden. Dies kann erreicht werden, indem die Lehrpersonen entlastet und nicht immer weiter belastet werden. Mögliche Lösungen dafür wären kleinere Klassengrössen, Coaching, tiefere Wochenlektionen und, auch wenn es unpopulär zu sein

scheint, das Zurückfahren der Integration möglichst aller Kindern mit besonderem Förderbedarf, indem man sie in Sonder- oder sogenannten Kleinklassen im Rahmen ihrer individuellen Fähigkeiten fördert. Sonderklassen haben eine reduzierte Grösse und werden von speziell ausgebildeten Lehrpersonen unterrichtet. Ja, ich weiss, dass das kostet. Ich bin aber der Meinung, dass uns unsere einzige und beste Ressource, die Bildung, etwas kosten darf. Eventuell würde die freie Schulwahl positive Auswirkungen auf den Lehrpersonenmangel haben. Zum zweiten Punkt: Um andere Berufsgruppen anzusprechen, muss Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern der Weg ins Schulzimmer ermöglicht werden. Die Hürden dafür sollten niedrig sein. Diesbezüglich existieren bereits Möglichkeiten und zusätzliche Ideen, auf die der Regierungsrat in seiner Beantwortung hinweist. Zudem ist die Interpellation "Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger bereichern unsere Schulen!" bereits traktandiert, worüber die GLP-Fraktion ebenfalls sprechen wird.

Schenk, EDU: Die EDU-Fraktion dankt den Interpellanten für den sehr wertvollen Vorstoss und dem Regierungsrat für dessen Beantwortung. Die EDU-Fraktion bedankt sich explizit bei der Thurgauer Lehrerschaft für deren täglichen herausfordernden Einsatz an unseren Schulen zum Wohle der Kinder und beim Amt für Volksschule für deren tägliche Arbeit. Die Interpellation zeigt umfassend und realistisch auf, wo die komplexen Ursachen für die vorhandene Situation liegen. Weiter erschwerend ist die gegenwärtige ultraliberale und wertelose Gesellschaftsentwicklung, die durch Politik und Medien geprägt wurde. Diese grosse Komplexität widerspiegelt sich auch in der Beantwortung. Ob die beschriebenen Massnahmenansätze die Entschärfung der Situation bringen, wird sich zeigen. In der Vergangenheit wurde in unserem kantonalen Schulsystem schon manche Massnahme und manche Korrektur vorgenommen. Die Lehrkräfte gehen trotzdem. Ausgebildet werden viele, sie bleiben jedoch nicht. Es stellt sich die Frage, ob es sein kann, dass Ungeeignete oder Unberufene den Weg zur PH einschlagen. Wenn die angespannte Situation an den Schulen stagnieren oder gar noch desolater werden sollte, wird wohl immer öfter und intensiver über Alternativen wie die freie Schulwahl oder "Homeschooling" nachgedacht und diskutiert werden. Wir wissen aber auch, dass es namhafte, gut funktionierende Privatschulen mit gesunder üblicher Lehrkräftefluktuation gibt, die notabene mit derselben schwierigen Gesellschaft und denselben widrigen sonstigen Umständen klarkommen. An denen könnte sich das DEK orientieren. Wir wünschen Regierungsrätin Monika Knill und ihrem Departement Weisheit, Erkenntnis und Mut, unser Schulsystem in den Werten unserer Verfassung konsequent enkeltauglich zu führen, damit es funktionieren kann und die Lehrkräfte bleiben. Denn darauf haben die Kinder, die Eltern, die Lehrerschaft und der Steuerzahler ein Anrecht. Der Grosse Rat sollte der Regierungsrätin zudienen, indem er ins Schöpfungsoriginal der Familie investiert und für intakt bleibende Mutter-Vater-Kind-Familienverhältnisse sorgt. Wir sollten dafür sorgen, dass Lehrerinnen und Lehrer unterrichten können, anstatt Administrieren und Verwalten müssen. Weiter sollten wir dafür sorgen, dass sowohl Lehrer als auch Schüler vor zer-

störenden Einflüssen wie jenen der "LGBTQIA+", der Sammelbewegung der Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender, Queer, Intersexual und Asexual, geschützt werden. Zu guter Letzt sollten wir dafür sorgen, dass die Migration stringent nach unseren Regeln und Werten gehandhabt und dadurch reduziert wird. Das sollten uns unsere Kinder und Lehrkräfte wert sein.

Feuerle, GP: Die GRÜNE-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Beantwortung zeigt, dass der Lehrpersonenmangel ein sehr komplexes Thema ist. Der Regierungsrat nimmt das Thema ernst und ist bemüht, Gegensteuer zu geben. Dabei ist er durchaus kreativ, auch in Zusammenarbeit mit den Schulgemeinden. Es braucht einen ganzen Strauss an Optimierungen, um den Lehrberuf attraktiver zu machen. Es ist gut, dass potenzielle Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, ja sogar Pensionierte, angeschrieben wurden, um dem aktuellen Lehrpersonenmangel entgegenzuwirken. Allerdings kam mir zu Ohren, dass in einzelnen Schulgemeinden keine Lehrpersonen mit sehr kleinen Pensen eingestellt werden, beispielsweise mit weniger als 40 Stellenprozenten. Das macht es für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger natürlich unattraktiv, was schade ist. Gerade kleine Pensen könnten die Hauptlehrpersonen entscheidend entlasten. Studentinnen und Studenten früh in den Praxisunterricht einzubinden, erachten wir deshalb ebenfalls als sinnvoll, genauso wie die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums. Kleinere Klassen würden dem Ausbrennen von Lehrpersonen bestimmt entgegenwirken. Das kostet selbstverständlich viel Geld und funktioniert somit nicht mit Steuersenkungen, da es in diesem Fall abermals mehr Lehrkräfte und Schulraum bräuchte. Dafür würden weniger Lehrkräfte in andere Branchen abwandern oder eher wiedereinsteigen. Vielleicht könnte diesbezüglich einmal eine volkswirtschaftliche Studie in Auftrag gegeben und gewisse Szenarien durchgerechnet werden. Klassengrössen von 25 Schulkindern bringen die Lehrkräfte in der Regel an den Rand des Machbaren oder eben darüber hinaus, insbesondere dann, wenn von den Lehrpersonen nebst dem eigentlichen Unterricht immer mehr erzieherische Arbeiten verrichtet werden müssen, vom grossen Korrekturaufwand, Elterngesprächen usw. noch gar nicht gesprochen. Auch die bestimmt sinnvolle, flächendeckende Schulsozialarbeit muss in diesem Fall für 25 Kinder koordiniert werden. Falls der Schuleintritt mit einem Alter von vier Jahren für alle obligatorisch wäre, bräuchte es aufgrund der Heterogenität der Kinder einen grösseren Effort bei der Frühen Förderung sowie Unterrichtsassistentinnen oder -assistenten. Viele Kindergartenlehrkräfte "laufen auf dem Zahnfleisch", da sie teilweise Kinder betreuen müssen, die kaum etwas verstehen oder verzogen respektive unerzogen sind. 20 solcher Kleinkinder zu managen, ist eine grosse Herausforderung, und die "normalen" Kinder gehen bei diesem Trubel unter. Der Lehrberuf ist ein Frauenberuf geworden, wobei das eigentlich schon seit 20 bis 30 Jahren so ist. Viele Lehrerinnen steigen aufgrund eigener Kinder aus oder arbeiten nach einer gewissen Zeit reduziert. Sie können nur mit attraktiven Arbeitsbedingungen zurück in den Un-

terricht gelockt werden. Ich danke allen, die sich für die Bildung, unser höchstes Gut, einsetzen. Ich bitte den Regierungsrat und die Schulgemeinden, am Ball zu bleiben und weitere kreative Lösungen zu erarbeiten.

Elina Müller, SP: Ich spreche für die SP-Fraktion. Das Problem des Lehrpersonenmangels ist in erster Linie demografisch verursacht. Ein zunehmender Anteil an Lehrpersonen kommt ins Pensionsalter bei einer ebenfalls steigenden Zahl an Schulkindern, wobei letzteres eigentlich erfreulich ist. Interessant wäre zu erfahren, ob der Regierungsrat mit einer Entspannung der Situation in einigen Jahren rechnet oder von einer längerfristig schwierigen personellen Situation ausgeht. Unabhängig davon muss die derzeitige Notlage aber sehr ernst genommen werden. Die Kinder, die jetzt zur Schule gehen, können ihre Bildung und Entwicklung nicht um ein paar Jahre verschieben, bis es allenfalls wieder ausreichend Lehrpersonen gibt. Sehr wichtig ist dabei sicher, dass möglichst viele Lehrkräfte ausgebildet werden. Es ist gut, dass bereits viele Massnahmen getroffen wurden, um den Zugang zur Ausbildung zu erleichtern, etwa durch das Ermöglichen von Quereinstiegen oder berufsbegleitendem Studium. Ganz entscheidend ist aber auch, die bereits tätigen Lehrkräfte an den Schulen halten zu können. Hier fehlen uns in der Beantwortung Zahlen, um die Situation besser einschätzen zu können. Es stellt sich die Frage, wie viele der rund 200 Studienabgängerinnen und Studienabgänger im Thurgau bleiben und auch noch nach fünf oder zehn Jahren im Lehrberuf tätig sind. Um die Lehrpersonen halten zu können und Burnouts zu verhindern, müssen das Arbeitsumfeld und die Arbeitsbedingungen gut gestaltet und auf die Bedürfnisse der Lehrpersonen gehört werden, beispielsweise durch die Einführung einer zweiten Coaching-Lektion, wie es an der Delegiertenversammlung von Bildung Thurgau gewünscht wurde. Ebenfalls befürworten wir die organisatorische und administrative Entlastung von Lehrpersonen durch Schulleitungen sowie die Unterstützung durch schulische Heilpädagogik und Schulsozialarbeit. Zu ergänzen wären Wünsche der Lehrerschaft: Schulleitungen sollen ihnen den Rücken stärken, sich für sie einsetzen, ihnen wo möglich aber auch Freiräume lassen und eine gute effiziente Teamarbeit ermöglichen. Dazu frage ich mich, ob es auch bei den Schulleitungen weiterhin einen Personalmangel gibt. Die Lehrpersonen haben zudem Wünsche an den Kanton: Die Klassengrössen sollen reduziert, Aufgaben gestrichen und keine weiteren hinzugefügt werden. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen wirken sich ebenfalls auf die Arbeitsbedingungen aus. Beispielsweise eine bessere familienergänzende Kinderbetreuung könnte eine Verbesserung bringen. Diesbezüglich möchte ich die Frage aufwerfen, weshalb man keine schuleigenen Kindertagesstätten schafft. Es ist nachvollziehbar, dass die heterogene, sich verändernde gesellschaftliche Umgebung für Lehrkräfte herausfordernd ist. Es ist meines Erachtens aber stossend, wenn in der Diskussion herablassend und defizitorientiert von Kindern und Familien gesprochen und der Fehler bei einzelnen Menschen oder Gruppen gesucht wird, anstatt sich die soziologischen Ursachen genau anzuschauen. Der gesellschaftliche Wandel, die zunehmende

Heterogenität und nicht zuletzt steigender Bildungsdruck bringen für alle Seiten Spannungen und Zumutungen, für die Lehrpersonen, für die Eltern, aber vor allem für die Kinder. Es darf nicht vergessen werden, dass Kinder in Kindergarten und Schule per se eine grosse Anpassungsleistung vollbringen. Kinder reagieren mit auffälligem Verhalten, wenn sie unter Druck stehen. Das ist nicht einfach eine Frage fehlender Erziehung. Es stimmt, dass die heutige Schule vermehrt Erziehungsaufgaben leisten muss. Genauso müssen Eltern heute aber auch vermehrt Bildungsaufgaben übernehmen, und das alles nebst Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie oft angespannten zeitlichen und ökonomischen Situation in den Familien. Gleichzeitig besteht nach wie vor ein Machtgefälle zwischen Lehrpersonen und Eltern. Bildungseinrichtungen und Lehrkräfte sind in einer deutlich stärkeren Position als Eltern. Es ist nicht konstruktiv, die sogenannten schwierigen Kinder und Eltern als Schuldige für die Herausforderungen vorzuführen, anstatt zu überdenken, wie die Situation für alle verbessert werden könnte. Schule ist schliesslich kein Selbstzweck. Ihr Zweck ist die Förderung der Bildung und Entwicklung unserer Kinder. Wir müssen die Schule so ausgestalten, dass es allen Kindern darin gut geht und sie eine gute Bildung und Chancengerechtigkeit erfahren. Ich bin überzeugt, dass eine an den Kindern orientierte Schule auch für Lehrpersonen ein Arbeitsumfeld bietet, in dem sie gerne tätig sind und bleiben.

Ammann, GLP: Geburtenstarke Jahrgänge, die "Babyboomer", werden pensioniert, währenddem geburtenarme Jahrgänge in die Berufswelt einsteigen. In fast allen Branchen herrscht Fachkräftemangel. Auch das Bildungswesen ist davon betroffen, aufgrund zunehmender Schülerzahlen sogar verstärkt. Den vorgeschlagenen offiziellen Lösungsweg könnte man mit "SOG²": "Systemoptimierung, ghaue oder gstoche" betiteln. Man optimiert "ghaue oder gstoche" immer mehr und bietet dem unter Druck stehenden System an der einen oder anderen Stelle Entlastungspakete, sei es mittels weniger Lektionen, mehr Ferientagen oder weniger Jugendlichen pro Klasse. Diese Optimierungen sind meines Erachtens aber Hygiene- und keine Motivationsfaktoren. Damit hält man Lehrerinnen und Lehrer sicherlich länger im System und gewinnt vielleicht einige hinzu, mehr aber nicht. Die Grundbotschaft des offiziellen Weges lautet, dass man für unkonventionelle Lösungen wie den Einsatz von Studentinnen und Studenten der PHTG als Springer zwar offen sei, im Grundsatz aber daran festhalten wolle, dass alle unterrichtenden Personen eine EDK-Anerkennung haben sollten. Manchmal braucht es sogar die richtige EDK-Anerkennung. Selbst wenn das folgende Beispiel überkantonale geregelt wurde, ist es doch bemerkenswert: Eine Lehrkraft für Französisch, die während gut 20 Jahren an einer Kantonsschule unterrichtet hat, wird dazu verpflichtet, einen zusätzlichen, wenn auch kurzen EDK-anerkannten Berufsbildungskurs zu absolvieren, da die Berufsschule, Sekundarstufe 2, sie für den Französischunterricht nicht anstellen kann. Offenbar kann man den Fachkräftemangel noch zusätzlich befeuern. Das ist selbstverständlich ein Einzelfall, aus meiner Sicht ist er aber gleichwohl absurd. Schweizer Fachdiplome sollten

immer ein Qualitätsmerkmal und kein Ausschlusskriterium sein. Darüber sollte man nachdenken, und zwar nicht nur im Bildungswesen, sondern in allen Branchen. Das Prinzip der "Systemoptimierung, ghaue oder gstoche" wird nicht einfacher. Aus meiner Sicht sind wir hinsichtlich des "Pareto-Prinzips" bereits bei 95 % angekommen. Ich bin leider skeptisch, ob die angedeuteten Entlastungsmassnahmen die Zufriedenheit langfristig verbessern und so zu mehr Fachkräften führen. Ich erlaube mir deshalb, zwei alternative Lösungsvorschläge anzusprechen. Den ersten Vorschlag nenne ich "FADNA", Fachkräfte aus dem nahen Ausland. Wenn wir die ausländischen Diplome, beispielsweise aus dem deutschsprachigen Raum, äquivalent zu den EDK-Diplomen anerkennen würden, wäre die Situation aufgrund unserer Grenzlage rasch deutlich entspannter. Hier spreche ich anders als diejenigen, die sagen, dass wir das nicht machen dürfen. Da Lehrkräfte in Österreich dreimal und in Deutschland rund zweimal weniger verdienen, dürfte jede Stelle rasch kurzfristig besetzt sein. Dies auch deshalb, weil sich die Herausforderungen im Bildungswesen in diesen Ländern noch deutlich schärfer zeigen, wie ich aus eigener Erfahrung weiss. Der Lösungsvorschlag "schmeckt" vielen aber aus unterschiedlichen Gründen ganz und gar nicht. Der Grenzgänger-Lehrertourismus bringt uns zwar dringend benötigte Fachkräfte, schwächt aber das Bildungswesen in den Nachbarstaaten und erhöht den politischen Druck an beiden Orten. Im Wahljahr wird die Regierungsrätin wohl kaum so etwas vorschlagen. Es bleibt aber trotz allem eine Übergangsalternative, die wir bereits aus dem Gesundheitswesen kennen. Aber auch dieser Weg ändert wenig an den laufend wachsenden Berufsansprüchen und der schwierigen Situation der Betroffenen. Deshalb wird "FADNA" sehr wahrscheinlich kein wirklicher Lösungsweg sein. Aus diesem Grund habe ich einen zweiten Lösungsweg: Weg von der Optimierung. Ich nenne ihn "outside the box". Wer den Lehrberuf wählt, will wohl kaum Fachwissen wie Deutsch, Geografie oder Mathematik und deren Fachdidaktik lernen, um es den Kindern oder Jugendlichen beizubringen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Motivation vielmehr im Sinn des Begleitens für Werdegänge, im fürsorglichen Arrangieren von Lernsettings, dem Bestärken der Neugierde, dem Lernen des Lernens, dem Erkennen, Bestärken und Fördern der Potenziale und der Persönlichkeit liegt. Andreas Schleicher, Bildungsdirektor der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wurde in einem Artikel der "Stuttgarter Zeitung" vom 2. Januar 2023 zum Lehrpersonenmangel in Deutschland gefragt, woran es liege. Seine Antwort lautete: "Geld verdienen die Lehrer in Deutschland genug. Finanziell ist der Beruf hier sehr attraktiv, auch und gerade im internationalen Vergleich. Aber auch ein gut bezahlter, sicherer Beamtenjob lockt die Menschen heute nicht mehr, wenn die Arbeitsbedingungen sonst nicht stimmen. Der Lehrerberuf ist in Deutschland intellektuell zu unattraktiv, und die Lehrer haben viel zu wenig die Gelegenheit, das zu tun, wofür sie eigentlich in den Beruf gegangen sind: nämlich jungen Menschen zu helfen, ihren Weg zu finden, und sie auf diesem Weg zu begleiten. Der Lehrermangel in Deutschland ist hausgemacht. Da muss sich viel ändern." Die Schweiz ist nicht Deutschland und der Thurgau in der Schweiz sicherlich in

vielen Bereichen vorbildlich. Es lohnt sich aber, sich fundamental Gedanken darüber zu machen, was den Lehrberuf noch attraktiver machen könnte. Dies mit dem Risiko, dass die "Werdegang-Profis" auch in anderen Branchen gesucht wären und vielleicht einmal wechseln würden. Es ist meines Erachtens ein tolles und kein negatives Zeichen, wenn man den Beruf wechselt. Das wäre für den Arbeitsmarkt attraktiv. Man könnte im Alter von 45 Jahren vielleicht noch weitere Erfahrungen in anderen Berufen machen oder später wieder zurückkommen. Der Lehrberuf kämpft mit allen anderen Berufen um die Attraktivität. Ein grosser Vorteil des Lehrberufs wurde bis anhin noch nicht angesprochen, nämlich die eigene Berufsrekrutierung. Die eigenen Nachwuchskräfte sind neun Jahre lang mit einem Vorbild in einem Schulzimmer. Meines Erachtens wäre jeder Beruf, ob Metzger, Maurer oder andere, sehr froh darum, wenn sie die Möglichkeit hätten, Jugendliche so lange um sich zu haben, um sie für die Schönheit des eigenen Berufes zu begeistern und sie in den Beruf zu bringen. Die Ausgangsposition für den tollen Beruf bleibt somit sehr gut. Er muss aber sinnstiftend bleiben und attraktive Rahmenbedingungen bieten. Was die eigentliche Rolle der Lehrperson in Zukunft sein kann und darüber, ob die jetzige Struktur dies genügend bietet und ob "ghaue oder gstoche" im Sinne von Systemoptimierung letztendlich wirklich die Lösung bringt, muss meines Erachtens gesprochen werden. Mit wem, muss der Regierungsrat selber entscheiden. Wenn in einer Ausbildung an der PH fast kein Spielraum mehr besteht, um ein Fach zu streichen oder neu einzubringen, muss aus meiner Sicht dringend an den Wurzeln gehandelt werden. Es liegt aber nicht an mir, sich zu fragen, ob und wie man "outside the box" handeln könnte und was man diesbezüglich machen kann. Ich möchte daran erinnern, dass die grossen Reedereien früher, als plötzlich die Dampfschiffahrt aufkam, grössere Segelschiffe gebaut und weiter optimiert haben. Es wäre meines Erachtens eine grossartige Haltung, wenn der Thurgau für Pionierartiges steht und man nach ganz neuen Lösungen sucht, und zwar sowohl im Bildungswesen als auch in anderen Branchen. Ich danke allen Beteiligten, die offen sind und letztendlich grossartiges versuchen, damit der Lehrberuf attraktiv bleibt.

Zürcher, Die Mitte/EVP: Der bedeutende französische Autor Albert Camus schrieb am Tag seiner Nobelpreisübergabe an seinen Lehrer: "Ohne Sie, ohne Ihre liebevolle Hand, die Sie dem armen kleinen Kind, das ich war, gereicht haben, ohne Ihre Unterweisung und Ihr Beispiel wäre nichts von alldem geschehen." Ich weiss nicht, was meine Schülerinnen und Schüler über mich schreiben würden. Aber ich kann immerhin mehr als 30 Jahre Unterrichtstätigkeit auf der Sekundarstufe 1 überblicken. Ich versichere, dass sich die Schülerinnen und Schüler, natürlich auch die Lehrerinnen und Lehrer und ganz klar auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in diesem Zeitraum selbstverständlich verändert haben. Weit häufiger als früher leben Familien heute getrennt. Es kommt vor, dass Kinder und Jugendliche ihre Klassenlehrerin häufiger sehen als ihre Eltern. Sie brauchen viel Aufmerksamkeit, was sich nicht selten in originellem Verhalten äussert.

Andere Schülerinnen und Schüler leiden unter Prüfungsangst oder sind vom strukturierten Schulalltag generell überfordert. Bis hierher mag das einigermaßen aushalt- und behandelbar klingen. Wir erleben heutzutage in zunehmendem Masse aber auch Schülerinnen und Schüler einer Klasse, die beispielsweise an Schulabsentismus, Panikattacken oder Magersucht leiden oder sich selbst und andere verletzen. Solche Schülerinnen und Schüler benötigen höchste Aufmerksamkeit und Betreuung, natürlich ohne dass die Mitschülerinnen und Mitschüler vernachlässigt werden dürfen. Bestimmt ist den Ratsmitgliedern aufgefallen, dass ich bis hierhin lediglich das Verhalten der Kinder und Jugendlichen thematisiert habe. Noch nicht gesprochen habe ich von den schulischen Leistungen im Laufe der vergangenen 30 Jahre. Über die Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen haben sie aber bestimmt schon einiges gehört. Ich erwähne nur das Stichwort: Studienvorbereitende Deutschkurse für Maturanden an Schweizer Universitäten. Ebenso selbstverständlich hat sich auch die Lehrtätigkeit verändert, was im Grundsatz zwar normal, in der hier vorhandenen Dichte aber abschreckend ist. Ich erlaube mir, nur ein paar Erschwernisse der letzten Jahre zu nennen: Lehrplan 21, Digitalisierung, neue Zeugnisse, Kompetenzerfassungen, die integrative Schule, Pandemie, neue Schulfächer, zusätzliche Arbeitstage, Reduktion des Dienstaltersgeschenks, spätere Altersentlastung, zusätzliche Schülerinnen und Schüler aus kriegsversehrten Ländern usw. Es versteht sich von selbst, dass der Regierungsrat nicht für das Verhalten und die Leistungen der Schülerinnen und Schüler verantwortlich ist, aber er sollte wenigstens davon Kenntnis nehmen. Für die Ausbildung der Lehrkräfte hingegen ist der Regierungsrat zusammen mit der PHTG aber sehr wohl verantwortlich und für die meisten veränderten Rahmenbedingungen sowieso. Daher klingen die kreativen Lösungen des Regierungsrates in den Ohren von Lehrkräften nicht wirklich lösungsorientiert. Angesichts der Belastung der Lehrpersonen wirkt es eher befremdlich, wenn der Regierungsrat pensionierte Lehrer, die das 70. Altersjahr überschritten haben, motivieren will, wieder in den Beruf einzusteigen. Genauso ist es mit dem Hinweis, vorübergehend auf die Altersentlastung zu verzichten. Zweischneidig ist auch die Möglichkeit, dass Studentinnen und Studenten während ihrer Ausbildung bereits ein Lehrpensum übernehmen können. Die Berufseinsteiger, so der Regierungsrat, könnten eigenverantwortlich handeln und gleichzeitig einen Nebenverdienst erwirtschaften. Dass dies aber auch eine Doppelbelastung bedeutet, verschweigt er wohlweislich. Es ist ein grober Irrtum, zu glauben, dass der Lehrberuf ein Job sei, der sich auf die Präsenzzeit beschränke. Ausserdem ist diese Art der Unterrichtsorganisation nicht nur für die Einsteiger eine Doppelbelastung, sondern auch für die Vollzeitlehrkräfte an den Schulen. Wenn der Regierungsrat junge Berufseinsteiger tatsächlich vom Verbleib im Beruf überzeugen will, dann muss er sie entlasten. In erster Linie muss er die Klassenlehrerfunktion zwingend besser entlasten, mit mindestens einer zusätzlichen Lektion. Diese darf aber auf keinen Fall mit übermässig vielen administrativen Pflichten behaftet sein, denn dann ist sie statt einer Entlastung eine weitere Belastung. All die zweifellos gut gemeinten Unterstützungen durch Schulberatung,

Schulaufsicht, Schulsozialarbeit sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Natürlich sind wir um deren Mitarbeit dankbar. Letztendlich sind sie aber alle nur temporär einsetzbar. Die Hauptbelastung und die Verantwortung während der gesamten Schulzeit bleiben an der Klassenlehrerin beziehungsweise dem Klassenlehrer hängen. Der Auswahl und der Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte kommt höchste Bedeutung zu. Es kann daher keine Lösung sein, die Ausbildung an der PH ersatzlos um mehr als einen Drittel zu kürzen. Wenn das ohne Einbussen möglich sein soll, ist das für diese Ausbildung schlicht ein Armutszeugnis. Schon gar nicht darf diese Art der Lehrkräfterekrutierung beziehungsweise die Akzeptanz von Lehrkräften ohne anerkanntes Lehrdiplom ein Dauerzustand werden. Wir sind unserer Jugend fähige, einsatzfreudige und gut ausgebildete Lehrkräfte schuldig. Camus' Zeilen an seinen Lehrer schrieb er vor 65 Jahren. Sie sind somit älter als eine ganze Lehrerkarriere. Ich würde behaupten, dass genau solche Lehrkräfte auch heute noch gefragt sind. Zu einem Nobelpreis konnte ich zwar nicht verhelfen, aber in einer frühen Lebensphase durften die Lehrpersonen in diesem Raum auch schon bei Dokortiteln, Kantonsrats- und Stadtpräsidentenmandaten unterstützend mitwirken. Ich hoffe, das bleibt auch in Zukunft so.

Marolf, Die Mitte/EVP: Ich bedanke mich beim Regierungsrat recht herzlich für die ausführliche Beantwortung, die meines Erachtens zukunftsgerichtete Ansätze enthält. Einleitend möchte ich festhalten, dass wir in den nächsten Jahren wohl in einen eigentlichen Verteilkampf einsteigen werden. Das zeigt sich schon jetzt bei der Vergabe von Lehrstellen. Viele Unternehmer im Grossen Rat kennen diese Problematik. Bekanntlich fehlen als Folge der Erreichung des Pensionsalters grosser Jahrgänge viele Fachkräfte, und zwar nicht nur bei den Lehrpersonen. Es wird in allen Branchen darum gehen, genügend Fachpersonal zu rekrutieren. Vor diesem Hintergrund stehen wir wohl erst am Anfang der Herausforderungen. Die Interpellantin hat bereits sehr umfassend zu den Hintergründen gesprochen. Nebst der Ausbildung von jungen Berufsleuten mit viel Begeisterung und Herzblut steht für mich das Bestreben im Zentrum, der Abwanderung von gut ausgebildeten Lehrpersonen entgegenzuwirken. Für beide Gruppen, sowohl junge als auch gestandene Lehrpersonen, stellt die Heterogenität bekanntlich eine, wenn nicht die wesentliche Herausforderung dar. Heterogenität in Sachen Sprache, Fertigkeiten, Leistungsfähigkeit, Erwartungen der Eltern, aber auch in der Selbsteinschätzung und vor allem im Verhalten sind anstrengend. Es sind dieselben Herausforderungen, denen sich die gesamte Gesellschaft stellen muss. Die Schule ist ein Spiegel derselben. Dass sich der Regierungsrat selbst die Frage stellt, wie viel Heterogenität eine Schule tragen kann, empfinde ich als sehr entscheidend. Es ist zu hoffen, dass die Arbeitsgruppe zum Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern die nötigen Schlüsse zieht. Beratende Fachpersonen haben wir in der Schule mehr als genug. Nebst diesem positiven und zentralen Ansatz irritiert mich die Aussage in der Beantwortung der Frage 4, dass steigenden Herausforderungen grundsätzlich mit Unterstützungsmassnahmen oder einer

Reduktion der Erwartungen begegnet werden könne. Ich hoffe sehr, dass von einer weiteren Nivellierung nach unten abgesehen werden kann. Ich setze grosse Erwartungen in die angesprochene Arbeitsgruppe.

Franz Eugster, Die Mitte/EVP: Ich geniesse meinen Lehrerberuf. Er hat viele Vorzüge. Es sind nicht nur der tolle Lohn und die viele unterrichtsfreie Zeit, sondern vor allem die abwechslungsreiche und spannende Arbeit mit den Kindern, die mir grosse Freude macht. Ich sehe aber auch einige Punkte, die in unserem Schulsystem nicht gut laufen und dazu führen, dass Lehrpersonen ihren Beruf aufgeben. Dazu ein Beispiel: Ich sehe in den Klassen meiner eigenen drei Kinder vermehrt, dass während des Unterrichts eine zweite Lehrperson anwesend ist. Dies ist bereits im Kindergarten und teilweise während Halbtagen der Fall. Es stellt sich die Frage, weshalb das so ist und ob unsere Lehrpersonen unfähig sind. Dem ist sicherlich nicht so. Es handelt sich dabei häufig um eine 1:1-Betreuung für verhaltensauffällige Kinder. Diese Entwicklung gefällt mir gar nicht. Mir wäre "back to the roots" lieber. Wir sollten damit aufhören, alle in unser Schulsystem integrieren zu wollen. Das geht nicht. Es verschlingt zu viele Ressourcen und bremst den Rest der Klasse. Ein anderes Beispiel: Es gibt für eine Lehrperson nichts Mühsameres als Eltern, die nicht am selben Strick ziehen. Das Kind lernt sofort, die Eltern gegen die Lehrpersonen auszuspielen. Da reicht ein Kind respektive dessen Eltern, um den "Drive" einer Lehrperson zu nehmen. Es handelt sich um ein gesellschaftliches Problem. Wir haben immer mehr Wünsche und wollen unsere Bedürfnisse und Ansichten durchsetzen. Das funktioniert in der Schule nicht. Wir tun gut daran, unseren Lehrpersonen bedingungslos den Rücken zu stärken.

Regierungsrätin **Knill**: Ich bedanke mich herzlich für die engagierte und spannende Diskussion. Der Grosse Rat ist eine bildungspolitische Expertenorganisation, und das meine ich wirklich ernst. Ich verzichte darauf, auf viele der Voten einzugehen, da ich gut zugehört habe und die vorgebrachten Wünsche, Forderungen und Erwartungen nicht grundsätzlich neu sind. Die Beantwortung und die Diskussion haben aufgezeigt, dass man unterscheiden muss, was man gegen den akuten Lehrermangel macht und was man längerfristig unternimmt. Hinsichtlich des akuten Lehrermangels geht es darum, kurz- und allenfalls mittelfristige Massnahmen zu ergreifen. Das haben wir zusammen mit unseren Bildungspartnern gemacht. Bei den kurzfristigen Lösungen geht es nicht anders, als auch Pensionierte wieder in den Schuldienst zurückzuholen respektive dazu zu motivieren. Es geht auch nicht anders, als die Regelungen bezüglich der Altersentlastung vorübergehend anders zu machen. Dabei handelt es sich um die kurzfristigen Massnahmen. Die mittel- und langfristigen Möglichkeiten haben wir ansatzweise ebenfalls aufgezeigt, beispielsweise über die Massnahmen, die in Zusammenarbeit mit der PHTG in die Wege geleitet wurden. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass die Schulgemeinden als Arbeitgeberinnen sehr vieles selbst in der Hand haben, und zwar hinsichtlich der

konkreten Einsatzmöglichkeiten ihrer Lehrpersonen, aber auch hinsichtlich der Frage, wie man allenfalls Massnahmen für Entlastungen trifft. Ich spreche hier nicht von der Zahl der Lektionen der einzelnen Lehrpersonen, sondern davon, ob man in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen viele lokale Projekte lanciert, sehr viel Zusätzliches unternimmt und temporär sogar Einschulungs- oder Sonderklassen bewilligt, die hinsichtlich der Heterogenität eine entlastende Wirkung haben. Die Schulgemeinden haben die Autonomie. Meines Erachtens sind verschiedene Ebenen gefordert. Die Forderungen und Erwartungen sind an verschiedene Adressaten zu adressieren. Es gibt auch bei den Schulleitungen einen Mangel. Die Schulleiterinnen und Schulleiter beklagen den Fachkräftemangel. Wie alle anderen haben auch sie Mühe, zu rekrutieren. Man kennt die Belastungen, die die Lehrerinnen und Lehrer zu tragen haben. Die angesprochenen Erhebungen von Bildung Thurgau sind in meinem Departement sehr bekannt. Wir haben mit Bildung Thurgau kürzlich noch einmal intensiv über die Möglichkeiten gesprochen. Auf der einen Seite gibt es die Generation der "Babyboomer", die in Pension geht, auf der anderen Seite gibt es die starken Schülerjahrgänge. Es ist nicht einfach, die Lücke zu füllen. Wir haben es aber auch mit gesellschaftlichen Veränderungen zu tun. Die Schulen spüren das schon sehr lange. Bei den Fragen, die diesbezüglich angesprochen wurden, handelt es sich um gesellschafts- und bildungspolitische Themen, die wir hier im Grossen Rat aber bereits aufgegriffen haben, beispielsweise mit den vorschulischen Sprachförderungsmassnahmen. Wir sind im Rahmen des grossen Projekts zur Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen im Bereich Kind, Jugend und Familie daran, Möglichkeiten zu evaluieren, wie man verhaltensauffälligen Kindern respektive deren Eltern begegnen kann. Das ist nicht ganz einfach. Der Strauss an Einflussfaktoren wurde in den Voten eindrücklich aufgezeigt. Ich danke den Ratsmitgliedern herzlich für ihre Beiträge. Meines Erachtens geht es nicht darum, was man machen kann, sondern was wir machen können, wobei sich "wir" nicht nur auf den Kanton bezieht. Es sind hier viele Adressaten angesprochen.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Vizepräsident: Das Geschäft ist erledigt.